

## Michael Schiefer

### Frage 1:

Herr Schiefer spricht nochmals seine Frage aus der letzten Ratssitzung am 23.06.2020 an, bei welcher es um den auslaufenden Fahrradstreifen in der Hauptstraße vor dem neuen Kreisel ging. Er hat die verwaltungsseitige Antwort des Büros Donner + Marenbach erhalten und hat hierzu erneut die Nachfrage, wie die Verkehrsplaner diese Gefahrenstelle für Fahrradfahrer betrachten? Durch die Überquerungshilfe können PKW's nicht genügend Abstand zu den Fahrradfahrern halten bzw. müssen evtl. stark abbremsen.

Herr Schmereim erläutert, dass die Verkehrsexperten die Planung nach den vorgegebenen Richtlinien umsetzen. Die Situation der auslaufenden Fahrradstreifen sei an jedem Kreisel so gegeben.

### Frage 2:

Herr Schiefer bezieht sich auf den Bau-, Planungs- und Umweltausschuss vom 12.08. und spricht nochmals den Engpass im Gehweg des Kreisverkehrs Rodt an. Warum hat die Gemeinde kein Vorkaufsrecht ausgeübt, um Flächen für eine ausreichende Erweiterung des Gehweges zu schaffen?

Verwaltungsseitig wird nochmals dargelegt, dass im Zuge eines Eigentümerwechsels die Gemeinde die Teilfläche nicht erwerben bzw. kein Vorkaufsrecht ausüben konnte.

### Frage 3:

Ist es Ziel der Gemeinde Marienheide klimaneutral zu werden und wenn ja, wann?

Verwaltungsseitig wird ausgeführt, dass Marienheide derzeit noch nicht klimaneutral sei, der einberufene Klimabeirat Marienheide, welcher nach der Pandemiepause nun wieder regelmäßig tagt, aber die Klimaziele für Marienheide berät und über Möglichkeiten, Ziele und Ergebnisse den Rat und die Öffentlichkeit informiert.

### Frage 4:

Er erkundigt sich nach dem heutigen Tagesordnungspunkt zum Thema Glasfaservertrag bzw. Breitband für alle?

Verwaltungsseitig wird ausgeführt, dass dieses Thema in der letzten Ratssitzung am 23.06.2020 auf der Tagesordnung stand. Der Rat der Gemeinde Marienheide hat bei dieser Sitzung beschlossen, keinen Abschluss eines Kooperationsvertrages mit dem Unternehmen Deutsche Glasfaser Wholesale GmbH vorzunehmen.

Die Dt. Glasfaser möchte eigenverantwortlich den Ausbau vornehmen, allerdings nur, wenn die Quote der Vertragsabschlüsse ausreiche.

## Peter Waldmann

Herr Waldmann spricht nochmals das Thema „Bahnhupen“ an und fragt nach, was die Gemeinde Marienheide bisher unternommen habe? Welche Erfolge bisher erzielt werden konnten? Welche Schritte geplant seien? Wie ist der derzeitige Standpunkt der Bahn zu dem Bahnübergang? Welche Informationen hat man von dem geänderten Bahnübergang in Overath erhalten?

Verwaltungsseitig wird erläutert, dass mit dem zuständigen Ingenieurbüro verschiedene

Planungsalternativen beraten worden seien. Der Bahnübergang in Overath, bei welchem derzeit eine Lösung für das Bahnhupen gefunden wurde, sei aber mit dem Bahnübergang in Marienheide nicht vergleichbar.

Die Lösungsansätze des beauftragten Ingenieurbüros werden im öffentlichen Teil in einer kommenden Sitzungen des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses vorgestellt. Des Weiteren wird unter dem heutigen Top 7.4. hierzu berichtet.

### Helmut Gebcke

#### Frage 1:

Herr Gebcke montiert die Datenschutzhinweise bei der Onlinebeantragung des Wahlscheins. In der gelben Wahlscheinantragskarte würde nur lapidar auf den Datenschutz eingegangen und beim Onlinenantrag sei man gezwungen, den 12seitigen Datenschutzhinweis zu lesen. Des Weiteren würde online der Hinweissatz fehlen, dass der Antragsteller die Datenschutzerklärung gelesen habe.

Wie sieht der Bürgermeister diese Aufforderung zur Abgabe einer Falschaussage?

Bürgermeister Meisenberg führt hierzu aus, dass er diese Art der Beantragung nicht als Straftat beurteilt.

#### Frage 2:

Herr Gebcke zitiert aus den Richtlinien für die Sondernutzung und den Allgemeinen Bestimmungen zu Sperrzonen bei der Wahlplakatierung und fragt, warum die beiden platzierten Großplakate am Verkehrskreisel neben der Fa. Rüggeberg nicht zu einer Störung des Verkehrs führen?

Bürgermeister Meisenberg bezieht sich auf den Begriff Sondernutzung und den Inhalt der Richtlinien betreffend öffentlicher Flächen und führt aus, dass die beiden Großplakate (auch Wesselmänner genannt) auf privaten Grundstücken platziert sind. Herr Gebcke fragt nach, ob dies nicht trotzdem eine Gefährdung des Straßenverkehrs sei? Verwaltungsseitig wird dies verneint.